

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) zur Geschichtspolitik der baden-württembergischen AfD-Fraktion. Bad Urach, 12. März 2017

Die AfD-Politiker aus Baden-Württemberg nähern sich immer stärker extremen, rechtsextremistischen Positionen an. Ihre geschichtspolitischen Äußerungen der letzten Wochen greifen auch und gerade die Erinnerungskultur und die historisch-politische Bildungsarbeit in unserem Bundesland an. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg (LAGG) bezieht in diesem Papier öffentlich Stellung hierzu:

Jörg Meuthen, der Fraktionsvorsitzende der baden-württembergischen AfD-Landtagsfraktion, wurde bisher von vielen Bürgerinnen und Bürgern als moderat wahrgenommen. Spätestens seit er die Dresdner Rede seines Parteifreunds Björn Höcke vom 17. Januar zur Erinnerungspolitik verteidigt hat, ist dieser Eindruck obsolet. Meuthen unterstützte Höcke, der von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“ gesprochen hatte, die „uns heute noch lähmt“, der das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ gefordert hatte. Auch der baden-württembergische AfD-Politiker möchte eine erinnerungspolitische Wende und „gleichmäßiger die verschiedenen Kapitel deutscher Geschichte beleuchten, als das geschieht“. Er steht damit in Einklang mit seiner Fraktion, die in einem Antrag im Haushaltsausschuss des Stuttgarter Landtags Ende Januar 2017 geschrieben hatte: „Eine einseitige Konzentration auf zwölf Jahre nationalsozialistischen Unrechts ist abzulehnen.“ Und er steht in Übereinstimmung mit dem im Mai 2016 beschlossenen Grundsatzprogramm seiner Partei, in dem es heißt: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

Stellungnahme der LAGG zu den kalkulierten Tabubrüchen der AfD

Diese Äußerungen sind kalkulierte Tabubrüche gegen den erreichten Stand der Erinnerungskultur. Sie diskreditieren einen langen gesellschaftlichen Lernprozess im Umgang mit den NS-Verbrechen und sie verunglimpfen eine historische Aufklärungsarbeit, die von einer kritischen Zivilgesellschaft getragen und mit hohen professionellen Standards an Schulen und Gedenkstätten umgesetzt wird. Die Kritik an der Erinnerungskultur und der vermeintlich verengten Geschichtsbetrachtung wird in dem für die AfD typischen Sprachduktus der Behauptung, Verleumdung und Unterstellung faktenfrei vorgetragen. Tatsächlich existiert in Baden-Württemberg eine heterogene Bildungslandschaft, in der die Geschichtsvermittlung über die Zeit des Nationalsozialismus eine wichtige, aber nicht dominierende Rolle spielt. Gleichzeitig erfolgt die Geschichtsvermittlung an den baden-württembergischen Gedenkstätten mit differenzierten und jugendgerechten Angeboten, die einem fundierten Geschichtslernen verpflichtet sind. Die Forderung der AfD nach einer „ausgewogenen Erinnerungskultur“ ignoriert die Tatsache, dass die Erinnerungsstätten im deutschen Südwesten die deutsche Demokratiegeschichte thematisieren, einige stellen sie ganz in ihren Mittelpunkt.¹ Dabei nehmen sie auch die Rückschläge und Bedrohungssituationen, denen Demokratie ausgesetzt war und ist, in den Blick und schärfen das Verständnis für vielschichtige Biografien früherer Demokratinnen und Demokraten.

Diese Fakten interessieren die AfD nicht, denn ihre Äußerungen sind ideologisch aufgeladen und einem rechtsextremen Geschichtsrevisionismus verpflichtet, der die nationalsozialistischen Verbrechen verharmlosen und nationalistische Deutungsmuster reinstallieren will, indem der Fokus künftig auf – so Meuthen – „große Leistungen aus anderen Zeiten der deutschen Geschichte“ gerichtet werden soll. Mit diesem Versuch, die deutsche Geschichte umzudeuten, übernimmt die AfD ungehemmt und öffentlich Positionen der NPD. Angesichts der rechtsextremen Angriffe auf die Erinnerungskultur ist die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und die Erinnerung an die historische Verantwortung Deutschlands nach Ansicht der LAGG wichtiger denn je. Die baden-württembergischen Gedenkstätten werden ihre kriti-

¹ Theodor Heuss Museum, Brackenheim; Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg; Erinnerungsstätte Ständehaus, Karlsruhe; Erinnerungsstätte Matthias Erzberger, Münsingen-Buttenhausen; Erinnerungsstätte im Salmen, Offenburg; Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte, Rastatt; Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart.

sche und sensible Geschichtsaufklärung, die wissenschaftlichen Standards ebenso verpflichtet ist wie den Prinzipien der Menschenwürde, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und Pluralität, fortsetzen.

Verweigerung historischer Verantwortung für den Holocaust – Der (zurückgenommene) Antrag zur Streichung des Zuschusses für die Gedenkstätte Gurs

Ende Januar 2017 forderte die baden-württembergische AfD-Fraktion in ihrem Änderungsantrag zum Landeshaushalt 2017, die finanzielle Unterstützung der Gedenkstätte Gurs im Südwesten Frankreichs in Höhe von 120.000 € zu streichen. Die LAGG stimmt hingegen mit allen demokratischen Parteien des Landtags von Baden-Württemberg darin überein, die Gedenkstätte Gurs im Südwesten Frankreichs in vollem Umfang weiter zu unterstützen. In der breiten öffentlichen Debatte der vergangenen Wochen ist einmal mehr deutlich geworden, in welcher Verantwortung das Land Baden-Württemberg und seine Bürgerinnen und Bürger in Gurs stehen. Auf dem Friedhof beim ehemaligen Lagergelände liegen mehrheitlich badische Jüdinnen und Juden begraben, die dem Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Sie waren unter den insgesamt 6592 Männern, Frauen und Kindern aus Baden, der Pfalz und dem Saarland, die im Oktober 1940 nach Südfrankreich verschleppt worden waren. Eisenbahntransporte kamen aus Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg und Konstanz. Die meisten Häftlinge wurden von Gurs ab August 1942 vor allem in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet. Auch daran erinnert die Gedenkstätte Gurs. Die badischen Städte und Gemeinden nehmen, wie auch das Land in seiner Gesamtheit, seit 1955 die eigene Verantwortung gegenüber den aus der Mitte ihrer Städte und Gemeinden deportierten Bürgerinnen und Bürgern mit Anstand und Aufrichtigkeit wahr. Nicht so die AfD in unserem Bundesland. Die AfD-Fraktion hatte Ende Januar in ihrem Änderungsantrag zum Landeshaushalt 2017 gefordert, die finanzielle Unterstützung für die Gedenkstätte in Höhe von 120.000 Euro vollständig zu streichen: „Dieser neugeschaffene Haushaltsposten ist in Zeiten der Haushaltskonsolidierung nicht zu erklären. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben.“ Diese ebenso zynische wie geschichtsvergessene Argumentation wurde von der AfD-Fraktion in einer Pressemitteilung unter der bezeichnenden Überschrift „Wozu deutscher Erinnerungstourismus in den Pyrenäen?“ begründet. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat die AfD-Fraktion Anfang

Februar ihren Antrag zurückgezogen. Er beruhe auf einem Irrtum, hieß es zur Begründung. Man sei davon ausgegangen, dass es sich um einen neuen Haushaltsposten handle und nicht um eine Umwidmung bereits in den Vorjahren bewilligter Mittel.

Torpedierung einer kritischen historischen Bildungsarbeit: Streichung der Zuschüsse für Gedenkstättenfahrten und für die Landeszentrale für politische Bildung

Die baden-württembergische AfD-Fraktion will ferner Streichungen im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit im Land vornehmen. Sie möchte keine Fahrten zu „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ mehr finanzieren und stattdessen Fahrten „zu bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“ fördern. Welches Geschichtsbild dahinter steckt, wurde bereits skizziert. Der rechtsextreme Geschichtsrevisionismus findet in diesem Antrag einmal mehr konkrete politische Forderungen. Diesen Forderungen gilt es entgegenzusetzen, dass die Erinnerung an die Unterdrückung, an Verfolgung und Ermordung von Menschen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft ist. Orte, die mit diesen Geschehnissen verbunden sind, eignen sich in besonderer Weise, Schülerinnen und Schülern Einsicht und Wissen zu vermitteln, sie bieten Raum zum Lernen, Gedenken und Nachdenken. Das Erinnern an Widerstand und Verweigerung gegenüber dem nationalsozialistischen Terrorregime ist unverzichtbarer Teil der Erziehung zur Achtung der Menschenwürde, zu Demokratie und Zivilcourage. Es bleibt Aufgabe des Landes Baden-Württemberg, die Gedenkstätten in der Erfüllung dieses Bildungsauftrags weiter zu stärken, wozu als ein kleiner, aber unerlässlicher Baustein auch die Finanzierung der Gedenkstättenfahrten gehört.

Als fundamentaler Angriff auf die Erinnerungskultur und die historisch-politische Bildungsarbeit in Baden-Württemberg müssen indessen die Attacken auf die Landeszentrale für politische Bildung begriffen werden. Die AfD forderte so umfangreiche Streichungen ihrer Stellen und Mittel, dass dies die Einstellung ihrer Arbeit nach sich ziehen würde. Die Bedeutung der Landeszentrale als Förderin und Unterstützerin einer kritischen Erinnerungskultur und demokratisch motivierter Bildungsarbeit kann nicht hoch genug geschätzt werden. Die LAGG fordert deshalb die sofortige Rücknahme der Kürzungsvorschläge im Bereich der Gedenkstättenfahrten und der Landeszentrale für politische Bildung.

Schlussfolgerung

Die geschichtspolitischen Diskussionen und die geschlossenen Reaktionen der demokratischen Parteien haben gezeigt, dass die kalkulierten Tabubrüche der AfD ins Leere laufen, wenn die öffentliche Reaktion – wie im Fall der Unterstützung der Gedenkstätte Gurs – entschieden und eindeutig ausfällt. Der LAGG ist es ein besonderes Anliegen, den geschichtsrevisionistischen Bemühungen der AfD auf einer inhaltlichen Ebene zu begegnen. Die Debatte hat gezeigt, dass man gegenhalten muss, um die rechtspopulistischen und rechtsextremen Angriffe auf eine offene, plurale Gesellschaft abzuwehren, die ihre demokratische Stärke auch und gerade aus der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte bezieht.